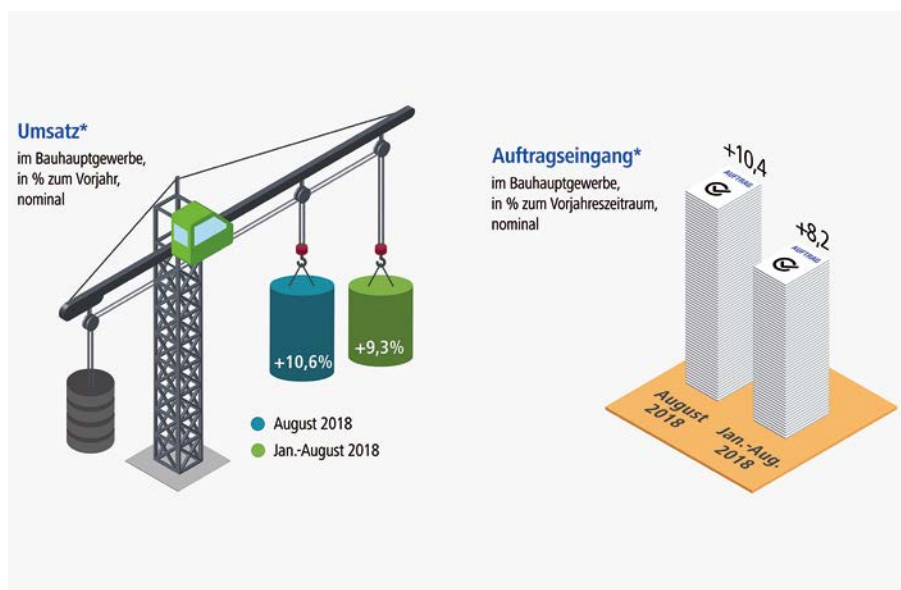


Inhalt

- 2 Wohnungsbau:** Bei einer wohnungspolitischen Exkursion des GdW haben sich Bundestagsabgeordnete über die großen Hürden bei der Schaffung von Wohnraum informiert.
- 3 Bauministerkonferenz:** Die Bauminister der Länder haben mehrere Beschlüsse gefasst, um die Weichen auf mehr bezahlbaren Wohnraum zu stellen.
- 4 Gebäudesanierung:** Die Wohnungswirtschaft ist bei der energetischen Modernisierung weiter Vorreiter, der Fortschritt stagniert allerdings insgesamt.

Bauboom setzt sich fort: Mehr Investitionen, mehr Personal

Berlin – „Der Boom am Bau setzt sich fort.“ Mit diesen Worten kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Dieter Babel, die in der neuesten Ausgabe des Aktuellen Zahlenbildes veröffentlichten Konjunkturindikatoren im Bauhauptgewerbe. Demnach hätten die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten für August ein Umsatzplus von nominal 10,6 Prozent gemeldet. Im gesamten Zeitraum von Januar bis August hätten die Umsätze um 9,3 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gelegen.



Die Baukonjunktur im August 2018: Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten meldeten ein Umsatzplus von nominal 10,6 Prozent.

Es wundere Babel somit nicht, dass nur noch zwei Prozent der Bauunternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als schlecht beurteilen, wie aus der aktuellen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hervorgehe. Demnach würden 72 Prozent ihre derzeitige Lage sogar als gut und 26 Prozent als befriedigend bewerten.

„Wir sind auch für die Zukunft weiter optimistisch“, ergänzte Babel. „Schließ-

lich erwarten 94 Prozent der Befragten für die kommenden 12 Monate eine bessere beziehungsweise gleichbleibende Geschäftslage.“ Angesichts der guten Auftragslage sei das auch kein Wunder. Die Auftragseingänge lägen schließlich in den ersten acht Monaten um nominal 8,2 Prozent über dem Vorjahr. Allein im August hätten die Betriebe 10,4 Prozent mehr Aufträge erhalten als im Vorjahresmonat. Der vom Statistischen Bundesamt

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Inflationsrate erreicht lang-jährigen Höchststand

Gemessen am Verbraucherpreisindex ist die Inflationsrate in Deutschland im Oktober 2018 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,5 Prozent gestiegen. Vor allem gestiegene Energiepreise haben die Inflation auf ihren Höchststand seit 10 Jahren getrieben. Laut den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes vom 30. Oktober 2018 stiegen die Verbraucherpreise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe um 8,9 Prozent. (wi)

Arbeit an Grundsteuerreform

An einer Neuregelung für die Grundsteuer wird laut einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Oktober 2018 intensiv gearbeitet. Das Bundesministerium der Finanzen strebe „aktiv“ eine gemeinsame Lösung mit den Ländern zur Reform der Grundsteuer an. Ziel sei es, das für die Gemeinden wichtige Grundsteueraufkommen zu sichern. (wi)

Armut und soziale Ausgrenzung leicht zurückgegangen

In Deutschland waren im Jahr 2017 rund 15,5 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht und damit 19 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 2016 waren es mit 16 Millionen Menschen noch 19,7 Prozent der Bevölkerung gewesen. Innerhalb der Europäischen Union liegt der Anteil bei durchschnittlich 22,5 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am 31. Oktober 2018 mitteilte. (wi)

Grafik: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

Wohnungsbau vor Ort: Zwei Neubauprojekte stehen exemplarisch für die schwierigen Rahmenbedingungen beim Bau von bezahlbarem Wohnraum

Berlin – Bezahlbarer Wohnungsbau, städtebaulich eingepasst und in guter Qualität, ist die zentrale Aufgabe der Wohnungswirtschaft. Vielfältige Hemmnisse und Zielkonflikte stehen dem jedoch entgegen und zwar gerade dort, wo die Wohnungsmärkte am angespanntesten und neue Wohnungen am dringlichsten sind: in den Metropolregionen und Großstädten. Bei einer Exkursion des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW in Berlin konnten Abgeordnete und Mitarbeiter zwei Projekte vor Ort besichtigen. Dabei wurden die teilweise schwierigen und zeitaufwendigen Rahmenbedingungen deutlich.



Die Besuchergruppe in den ‚Altglienicker Höfen‘ der STADT UND LAND...



...ein Neubau-Beispiel mit vielen Hemmnissen in puncto Normenflut und Bürgerbeteiligung.



Auch die Hilfswerk-Siedlung GmbH hatte in Berlin mit einer Vielzahl von Neubau-Anforderungen zu kämpfen.

Fotos: Tina Merkau

Das Bauen soll kostengünstiger werden – dem stehen allerdings wachsende Ansprüche an die Wohnqualität entgegen. Zudem treibt eine wachsende Normen- und Standardflut die Baukosten. Gestiegene Anforderungen an Schall-, Brand- und Naturschutz sind von den Bauherren einzuhalten. Zielkonflikte, wie beispielsweise zwischen den Belangen des Umweltschutzes und des Wohnungsbedarfs, erschweren Planungsverfahren. Nicht selten steht auch die fehlende Zustimmung der benachbarten Bewohnerschaft der Realisierung von dringend benötigtem Wohnraum im Wege.

Das zeigt sich auch am Beispiel des ersten Exkursionsziels, dem Neubauprojekt ‚Altglienicker Höfe‘ im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick. Gegen die heute fast fertiggestellte Wohnbebauung gab es anfangs massive Proteste aus der direkten Anwohnerschaft. Geschäftsführer Ingo Malter erläuterte das Vorhaben der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH, mit dem dort rund 400 Mietwohnungen teilweise im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus entstehen. Die Nachfrage nach Wohnraum ist enorm. Bereits für die ersten 100 Wohnungen, die demnächst in die Vermietung gehen sollen, gibt es 800 Bewerber.

Für eine faire Beteiligungskultur setzt sich der GdW intensiv ein. Ziel ist es, Beteiligungsverfahren mit verlässlichen Informations- und Kommunikationsmodellen zu entwickeln und anzuwenden, die den Neubau befördern und nicht verhindern. Beim zweiten Stopp der Exkursion erfuh-

ren die Teilnehmer mehr über ein Projekt der Hilfswerk-Siedlung GmbH. Der Bau in innerstädtischer Lage in Berlin-Tiergarten steht kurz vor der Fertigstellung. Hier entstehen insgesamt knapp 70 Wohnungen verschiedenster Größen und Zuschnitte. Geschäftsführer Jörn von der Lieth und Mandy Schulze, Leiterin Neubau, führten in die Besonderheiten des Projektes ein. Ein Teil der Wohnungen sind in besonders grundrissoptimierter Form konzipiert, so dass relativ kleine Dreizimmerwohnungen auf den Markt kommen. Im Blick sind hier besonders Alleinerziehende, die mehrere Räume benötigen, jedoch auf eine niedrige Quadratmetermiete angewiesen sind. Hier brachte die direkte Nähe zu einer Fernbahnstrecke und einer Hauptverkehrsstraße große Anforderungen an den Schallschutz am Gebäude mit sich. Eine eigens hierfür entwickelte ‚Doppelfenster-Technik‘ sorgt hier für die notwendigen Vorkehrungen.

Beide Beispiele zeigen, dass heutzutage eine Vielzahl an Bestimmungen und Standards einzuhalten sind, die das Bauen komplizierter, teurer und langwieriger gestalten.

Damit die Wohnungswirtschaft ihrer Aufgabe nachkommen kann, zukunftsfähigen Wohnraum für alle Schichten der Bevölkerung zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung notwendig.

Der GdW fordert deshalb seit langem ein besseres Neubauklima und ein klares politisches Bekenntnis für mehr bezahlbaren Wohnungsneubau. (fay/koch) ■

Fortsetzung von Seite 1

berechnete preis-, saison- und arbeitstäglichen bereinigte Rückgang des Auftragseingangs zum Vormonat von 1,2 Prozent sei somit kein Anzeichen einer Trendwende der Baukonjunktur, sondern nur Ergebnis des mittlerweile erreichten hohen Auftragsniveaus.

„Um die hohe Nachfrage nach wie vor bedienen zu können, rüsten sich die Bauunternehmen für die Zukunft. Sie planen, nicht nur mehr Beschäftigte einzustellen,

sondern auch ihre Investitionen deutlich zu erhöhen“, so Babel. Immerhin hätte im Rahmen der DIHK-Umfrage nahezu jeder fünfte Baubetrieb angegeben, seinen Personalbestand in den kommenden 12 Monaten aufzustocken. Lediglich sechs Prozent planten, Beschäftigung abzubauen, so wenige wie noch nie. „Besonders expansive Pläne haben die größeren Unternehmen mit 200 und mehr Beschäftigten: Von ihnen haben 35 Prozent der Befragten angegeben, mehr Leute einstellen zu wollen“, erläuterte Babel die Unter-

nehmenspläne. Zusätzlich beabsichtige jedes vierte Bauunternehmen – aufgrund der mittlerweile erreichten, vergleichsweise hohen Kapazitätsauslastung – seine Investitionen zu erhöhen. Nur acht Prozent hätten angegeben, sie kürzen zu wollen. Dabei gewinne das Motiv der Kapazitätserweiterung zunehmend an Bedeutung: 26 Prozent der befragten Bauunternehmen hätten dies als Motiv für ihre Investitionen angegeben, zu Beginn des Bauaufschwungs wären es nur 13 Prozent gewesen. (stilschi) ■

Bauministerkonferenz: Weichenstellung für mehr bezahlbaren Wohnraum

Kiel – Die Bauminister der Bundesländer haben bei ihrer Konferenz am 25. und 26. Oktober 2018 in Kiel verschiedene Beschlüsse gefasst, die für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland sorgen sollen. Vereinbart wurde, dies im Rahmen einer außerordentlichen Bauministerkonferenz am 22. Februar 2019 in Berlin fortzusetzen und zu vertiefen.



Foto: Frank Peter

Hans-Joachim Grote (CDU), Innen- und Bauminister von Schleswig-Holstein und Vorsitzender der Bauministerkonferenz

„Wir brauchen für die Menschen in Deutschland mehr Bauland und mehr bezahlbaren Wohnraum. Um diese Ziele zu erreichen, haben wir gestern und heute konsequent an die Beschlüsse des Wohnungspfels im Kanzleramt am 21. September angeknüpft“, erklärte der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Innen- und Bauminister **Hans-Joachim Grote** (CDU). „Wir müssen unter anderem dafür sorgen, dass häufiger als bisher an Stelle verlassener Altbauten und Altflächen wieder Wohnungen entstehen. Für Investoren muss sich das Recyceln nicht mehr genutzter Gebäude und Grundstücke künftig mehr lohnen, als das Erschließen der grünen Wiese. Auch durch eine stärkere Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene sollen künftig mehr neue Wohnflächen geschaffen werden. Nicht zuletzt denken wir auch über einen stärkeren mehrgeschossigen Wohnungsbau im Umland von Zentren nach. Über allem steht das Ziel, Wohnkosten für die Menschen zu senken.“

Mit diesem Ziel haben die Bauminister Beschlüsse unter anderem zur weiteren Harmonisierung bauordnungsrechtlicher Vorschriften, zur Digitalisierung und zum Zurückfahren der Normungen auf das notwendige Mindestmaß gefasst.

Digitale Bauantrag als wichtiger Baustein

„Der Weg von der Planerstellung bis hin zum fertigen Gebäude soll mit Hilfe einer konsequenten Digitalisierung schneller und kostengünstiger gestaltet werden. Ein wichtiger und erster Baustein ist dabei der digitale Bauantrag“, sagte die Sprech-

erin der A-Länder, Hamburgs Bausenatorin Dr. **Dorothee Stapelfeldt** (SPD). Durch einen länderübergreifenden herstellerunabhängigen Standard solle ein verlustfreier Datenaustausch zwischen allen am Genehmigungsverfahren Beteiligten ermöglicht werden.

Harmonisierung bauordnungsrechtlicher Vorschriften

„Wohnen ist Daseinsvorsorge und damit elementarer Bestandteil einer Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt“, so **Ina Scharrenbach**, Sprecherin der unionsgeführten Landesregierungen und Bauministerin von Nordrhein-Westfalen. „Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum muss effektiv und kostengünstig erfolgen. Nachdem die Baukosten in den vergangenen Jahren stetig gestiegen sind, sind sich Länder und Bund darin einig, alle Möglichkeiten zur effektiven Senkung der Baukosten zu ergreifen. Dazu gehört auch eine weitere Harmonisierung der bauordnungsrechtlichen Vorschriften zwischen den Ländern, um zu weiteren Vereinfachungs- und Beschleunigungspotentialen für ein Mehr an Wohnungsbau zu kommen.“ Baustandards würden aber nicht nur durch staatliche Vorgaben, sondern auch durch Normung gesetzt. Die Länder hielten ein Zurückfahren der Normung auf das notwendige Mindestmaß für erforderlich.

Nur mehr Wohnungsbau hilft

Durch die öffentliche Wohnraumförderung der Länder und des Bundes gelinge es langfristig, Miet- und Preisstabilitäten für Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. „Und dennoch: Nur ein Mehr an Wohnungsneubau in allen Segmenten wird dazu beitragen, die Preissteigerungen bei Mieten sowie für Eigentum zu verringern. Mit einem Mix aus verschiedenen Instrumenten wird es gelingen, die Miet- und Preisauftriebe in den Griff zu bekommen“, so Scharrenbach.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Positionierung der Bundesländer zur Wohnungspolitik im europäischen Rahmen. Die EU-Kommission hat verschiedene Bereiche in der Wohnungspolitik verstärkt in ihren Fokus genommen. Die Bauminister verwiesen hier auf die Subsidiarität Europas bei den Themen Wohnungsbau und Wohnraumförderung. Sie stellten unter anderem klar, dass die zunehmende Kurzzeitvermietung von Wohnungen über online-Portale nicht als „Sharing-Economy“ in die wettbewerbsrechtliche Zuständigkeit der EU falle.

„Dieses als private Wohnungsbörse gestartete Geschäftsmodell entzieht mittlerweile den Großstädten dringend benötigten Wohnraum. Zum Wohnraumschutz gehen Länder und Kommunen gegen Zweckentfremdung vor“, so Stapelfeldt.

Die Konferenz befasste sich auch mit der Frage der Sicherung der Innenstädte. Nach dem Wunsch der Minister soll die Sicherung öffentlicher Plätze gegen terroristische Maßnahmen künftig gefördert werden. „Jedes Jahr wird viel zu viel Geld ausgegeben, um Volksfeste oder Weihnachtsmärkte temporär abzusichern“, so Grote. Den Bauministern gehe es dabei allerdings nicht um „standardisierte Pollerlösungen. Wir möchten, dass künftig bei der Stadtentwicklung sowie im Bau- und Planungsrecht der Schutz öffentlicher Räume vor Überfahrtaten konzeptionell sinnvoll eingeplant wird“, so Grote. (hunschi) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter www.bauministerkonferenz.de

Anzeige

DESWOS

ecuador

Entwicklung

Bei einer „Minga“ arbeiten Menschen zusammen für die Gemeinschaft. Die DESWOS hilft weltweit, Traditionen der SELBSTHILFE neu zu entwickeln!

Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.

deswos.de

DESWOS-Spendenkonto
IBAN: DE87 3705 0198 0006 6022 21

Wohnungswirtschaft bei der energetischen Modernisierung weiter vorn – aber Fortschritt bei energetischer Gebäudesanierung stagniert

Berlin – Alle zwei Jahre erfragt der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW im Rahmen seiner Jahresstatistik den aktuellen Stand sowie die Anzahl der energetisch modernisierten Wohnungen bei seinen Mitgliedsunternehmen. Die Wohnungsunternehmen liegen mit ihrer Modernisierungsrate über dem Bundesdurchschnitt, allerdings ist sowohl im Bund als auch bei der Wohnungswirtschaft eine abnehmende Tendenz zu erkennen. Das liegt an einer Reihe von Faktoren die zunehmend die Rahmenbedingungen für Modernisierungen erschweren.

Bei Maßnahmen zur energetischen Sanierung wird unterschieden zwischen Teil-Sanierungen an Gebäuden – das schließt auch Einzelmaßnahmen wie beispielsweise die Dämmung von Geschossdecken mit ein – und umfassender energetischer Sanierung. Zu einer umfassenden Gebäudesanierung zählen Maßnahmen wie beispielsweise Wärmedämmung der Außenwände, der Keller- und Bodendecken sowie neue Fenster und Heizungsanlagen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU) zum Wohngebäudebestand zeigen, dass die Modernisierungsrate im Zeitraum 2010 bis 2016 bundesweit um etwa ein Viertel bis ein Fünftel zurückgegangen ist. Dies bestätigt sich in den Zahlen der GdW-Unternehmen mit einem Rückgang von rund einem Viertel.

Wohnungsunternehmen müssen bei Maßnahmen zu energetischen Modernisierungen verschiedene Faktoren berücksichtigen.

Betrachteter Zeitraum: 2010 - 2016	Energetische Modernisierungsrate	Anteil der Wohnungen bzw. Gebäude mit umfassenden Maßnahmen	Anteil der Wohnungen bzw. Gebäude mit Teilmaßnahmen
GdW-Unternehmen	1,27 % p.a.	34 %	66 %
Deutschland*	0,99 % p.a.	14 %	86%

*Datenquelle: Cischinsky, Holger; Diefenbach, Nikolaus: Datenerhebung Wohngebäudebestand 2016.

Neben der Entwicklung eines klimafreundlichen, energiesparenden und modernen Gebäudebestands muss auch die Leistungsfähigkeit der Mieter berücksichtigt werden. Hier kollidieren oft gestiegene Qualitätsansprüche mit der Angst vor steigenden Mieten.

Das Klima für energetische Modernisierung hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, Mieter protestieren inzwischen häufig gegen jede Art von Modernisierung. Durch deutlich gestiegene Baupreise ist zudem die Wirtschaftlichkeit energetischer Modernisierungen ein Problem geworden. Nicht zuletzt sind nicht nur die Baukapazitäten, sondern auch die Ressourcen der

Wohnungsunternehmen begrenzt. Bei einer deutlichen Ausweitung der Investitionen in den Neubau stehen weniger Mittel für die energetische Modernisierung zur Verfügung. Um den Rückgang energetischer Modernisierungen zu bremsen, müssen wirtschaftliche Lösungen mit vernünftigem Kosten-Nutzen-Verhältnis gestärkt werden. Serielle Modernisierung ist eine Möglichkeit. Um künftig ein positives Klima für energetische Modernisierungsmaßnahmen zu schaffen, muss das Gleichgewicht zwischen Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit sowohl im Mietrecht als auch bei den Anforderungen hinsichtlich Energieeinsparung und Treibhausgasminderung stets im Blick behalten werden. (vog/koch) ■

AUS DEN VERBÄNDEN

Wohnungswirtschaft zeichnet Sigrid Feßler mit zwei Goldmedaillen aus

Stuttgart – Dank von allen Seiten für die Arbeit der Verbandsdirektorin des Verbandes baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen (vbw). Gleich zwei Auszeichnungen durfte Sigrid Feßler, Verbandsdirektorin des vbw, bei ihrer Verabschiedungsfeier am 15. Oktober 2018 in Empfang nehmen: die Ehrenmedaille in Gold des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW und die goldene Verdienstmedaille des vbw. Beide Ehrenzeichen zählen zu den höchsten Auszeichnungen, die die Wohnungswirtschaft verleiht.

Sigrid Feßler verlässt nach 30 Jahren Verbandstätigkeit – erst als Leiterin der Rechtsabteilung und seit 2011 als Verbandsdirektorin – zum Jahresende den vbw. Rund 100 Gäste aus Politik, Ministerien und Wohnungswirtschaft waren zum Abschiedsempfang und zur Staffelübergabe an die Nachfolgerin Dr. Iris Beuerle nach Stuttgart gekommen. Dank und Wertschätzung prägten die Grußworte der Gäste. Prof. Dr. **Markus Müller**, Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, sprach von den umfassenden Anregungen, die Feßler in den politischen Prozessen, beispielsweise in der Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg, eingebracht hat. „Sigrid Feßler hat den Verband zu dem gemacht, was er heute ist: Sprachrohr für

die Branche in alle Richtungen, stark in der Dienstleistung und modern im Auftritt“, sagte **Michael Lott**, Verbandsratsvorsitzender des vbw, in seiner Laudatio. Feßler hat die Rechtsabteilung des Verbandes aufgebaut, die Fusion zum heutigen vbw begleitet und den Umbau des Verbandsgebäudes gestaltet. Lott überreichte ihr die goldene Verdienstmedaille des vbw. „Bei der Zusammenarbeit in der Branche hat sie Maßstäbe gesetzt und in der Politik den vbw zu einem geschätzten Namen und wertvollen Ansprechpartner gemacht“, so Lott. „Das ist eine hervorragende Basis, auf die Dr. Iris Beuerle in Zukunft aufsetzen kann.“ Lott begrüßte mit Blumen die künftige Verbandsdirektorin, die als Mitglied der Geschäftsführung im September ihre Tätigkeit für den vbw begonnen hat und

im Januar 2019 das Amt von Feßler übernehmen wird. Beuerle hat beim Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) als Geschäftsführerin in Hamburg die Unternehmen betreut. Die Bereiche ‚Genossenschaften und Quartiersentwicklung‘ waren ihr Schwerpunkt. „Wir freuen uns auf Sie“, so Lott.

Eine große Ehrung gab es für Sigrid Feßler auch vom Spitzenverband GdW. Präsident Axel Gedaschko überreichte ihr die Ehrenmedaille des GdW in Gold. „Wir schätzen das wohnungswirtschaftliche und juristische Know-how, aber auch die Persönlichkeit von Sigrid Feßler“, so Gedaschko. „Sie hat im Bundesverband wichtige Impulse gesetzt, Erfahrungen und Erkenntnisse eingebracht und Eindruck hinterlassen.“ (schu) ■

Mit viel Lokalkolorit – zu Gast im Ruhrgebiet

Bochum – „Für heute bin ich Ihr roter Faden.“ Mit diesen Worten begrüßte Katja Leistenschneider, Moderatorin bei Radio Bochum, die rund 400 Gäste, die sich zum öffentlichen Teil des Verbandstages 2018 des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW) Mitte September im Bochumer RuhrCongress zusammengefunden hatten. Dahinter verbarg sich weniger ein farblich-politisches Statement als vielmehr die Absicht, die Besucher mitzunehmen durch eine prall gefüllte Veranstaltung mit interessanten Gästen, Impulsen und Fachbeiträgen.



Fotos: T. Saltmann

Wohnungspolitische Podiumsdiskussion mit Alexander Rychter (VdW), Axel Gedaschko (GdW), Michael Groß MdB (SPD), Karsten Möring MdB (CDU), Oliver Krischer MdB (Grüne), Manfred Todtenhausen MdB (FDP) und Moderatorin Katja Leistenschneider (Radio Bochum) (v. l.)



Ulrich Bimberg, Präsident des VdW, Dr. Jan Hejnisch, Staatssekretär im Landesministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, Dr. Daniel Ranker, Prüfungsdirektor des VdW, und Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW (v. l.)

Traditionsgemäß eröffnete **Ulrich Bimberg**, Präsident des VdW Rheinland Westfalen, den Verbandstag – in diesem Jahr mit einem kurzen Rückblick auf die letztjährige Veranstaltung in Köln und dem charakterlichen Vergleich der beiden gastgebenden Städte. Spätestens mit den daran anschließenden Grußworten von **Thomas Eiskirch**, Oberbürgermeister der Stadt Bochum, **Oliver Wittke**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und **Carina Gödecke**, Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, war dann endgültig klar, dass das Ruhrgebiet eine der emotional aufgeladesten Regionen Deutschlands ist – und versucht, einen gigantischen Strukturwandel zu bewältigen.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Wortbeiträge der Redner zwischen ganz persönlichen Kindheitserlebnissen im Revier und beeindruckenden Fakten zu Gegenwart und Zukunft der Region schwankten: Da war von Bochum als der Hauptstadt der Immobilienwirtschaft die Rede, Gigabit-City oder der schnellsten Stadt Deutschlands, um nur einige der Superlative aus den Grußworten der drei Redner zu nennen. Die thematischen Kernpunkte unterschieden sich indes: Oberbürgermeister Eiskirch zog sichtlich stolz eine Leistungsbilanz für seine Kommune, Wittke ging ausführlich auf die Rolle des Bundes beim Thema Bauen und Wohnen ein und Gödecke konstatierte für sich, in der „spannendsten und lebenswertesten Stadt im Ruhrgebiet“ zu sein.

Koalitionsinterne Gräben und parteiübergreifende Schulterschlüsse

Die anschließende Podiumsdiskussion zur wohnungspolitischen Situation ein Jahr

nach der Bundestagswahl überraschte mit Dissonanzen, wo auf den ersten Blick Harmonien zu vermuten gewesen wären. Während **Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft, und **Alexander Rychter**, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen, noch Einigkeit über die grundsätzlich eingeschlagenen Wege der neu angetretenen Bundes- und Landesregierungen in der Wohnungspolitik demonstrierten, offenbarten sich überraschenderweise koalitionsinterne Gräben und parteiübergreifende Schulterschlüsse – insbesondere auf Instrumentenebene zur Bewältigung der aktuellen wohnungswirtschaftlichen Herausforderungen.

Während Michael Groß (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) und Berichterstatter Mietrecht im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie Sprecher der Ruhr-MdBs, mit seiner Partei auf die Wirksamkeit der Absenkung der Modernisierungsumlage und Evaluierung der Mietpreisbremse setzt, warnte **Karsten Möring** MdB (CDU), Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, geradezu davor, auf diesem Wege weitere Investitionsbremsen einzuziehen und die Wohnungsknappheit zu verwalten. Er forderte, eher darüber nachzudenken, wie das Bauen beschleunigt werden kann.

Manfred Todtenhausen MdB (FDP), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen sowie Vorstandsmitglied der Wuppertaler Bau- und Sparverein eG (WBS), brachte nach Einblicken in die wohnungswirtschaftliche Praxis seinerseits ein überraschend einfaches, aber nicht minder beeindruckendes Rechenbeispiel: Bei 1,5 Millionen fehlenden Wohnungen müssten jede Woche rund

7.000 Wohnungen gebaut werden, um dieses Ziel zu erreichen. Im gleichen Atemzug schilderte er den täglichen Kampf gegen die Behörden und beschrieb die bürokratischen, zeitlichen und organisatorischen Hürden, denen sich bauwillige Wohnungsunternehmen und -genossenschaften bei der Errichtung von Neubauten derzeit gegenübersehen. Oliver Krischer MdB (Bündnis 90/Die Grünen), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflichtete ihm – überraschenderweise – bei und sah vor allem klimagerechte Bauvorschriften als Hinderungsgrund für mehr Wohnungsbau an.

„Ich wollte nie hin, will aber auch nicht mehr weg“

Dr. **Norbert Lammert**, Bundestagspräsident a. D., hielt dann in seiner beeindruckenden, frei vorgetragenen Rede dem Ruhrgebiet einen liebenswerten Spiegel vor. So beschrieb Lammert das Ende des Steinkohlebergbaus als ein einmaliges Beispiel in der deutschen Industriegeschichte, das „wir“ entweder als Region hinbekommen oder gar nicht und gab zu bedenken, dass die Zukunft – je nach Perspektive – entweder vor uns liegt oder verloren ist. Aussagen wie „die Wahrnehmung, wo man zu Hause ist, hat die Dimension der Städte hinter sich gelassen“ oder „eigentlich will ich auch nie wieder weg“ trafen darüber hinaus den lokalen Nerv der Ruhrgebietler. In vielen Reihen des Plenums gab es zustimmendes Nicken oder Lächeln für den ein oder anderen beschriebenen Charakterzug. Handfester ging zum Schluss **Frank Goosen**, Autor und Kabarettist, zur Sache. „Nicht schön, aber direkt“, so der Titel seiner Darbietung, war mit deftigen Anekdoten aus dem Bereich Zwischenmenschliches

Weiter auf Seite 6 ➡

Stuttgart, 13. November 2018

Regionalkonferenz: „Akzeptanz für mehr Wohnungsneubau“

Die Notwendigkeit von mehr Wohnungsneubau ist in aller Munde. Vielerorts fehlen aber dennoch die Akzeptanz für neue Projekte und das Bekenntnis vor Ort zu mehr Wachstum und zum Ausbau des Wohnungsangebots, so dass Konflikte entstehen, die die Realisierung von neuen Wohnprojekten verzögern oder verhindern. Vor diesem Hintergrund findet am 13. November 2018 in Stuttgart die dritte Regionalkonferenz zum Thema Neubauakzeptanz unter dem Titel „Akzeptanz für mehr Wohnungsneubau in Stadt und Region“ statt. Die Konferenz wirbt für mehr Akzeptanz und Kooperation im Wohnungsneubau – sowohl in den Großstädten und Metropolen als auch in den Mittelstädten und Gemeinden im Umfeld der Kernstädte. Diskutiert wird dabei entlang dreier Leitfragen: Wie sehen erfolgreiche und kooperative wohnungs- und baulandpolitische Strategien aus? Was kennzeichnet gute Informations- und Beteiligungsangebote bei innerstädtischen Neubauvorhaben? Wie kann die interkommunale Kooperation bei der Baulandentwicklung vorangebracht werden?

Die Veranstalter der Regionalkonferenz sind das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gemeinsam mit dem Verband Region Stuttgart als Partner. Es sprechen unter anderem Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, und die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut sowie Vertreter der Wohnungswirtschaft.

(meylschi) ■

➔ **Weitere Infos zu Programm und Anmeldung finden Sie unter diesem Kurz-Link:**
<https://bit.ly/2Rl5kgk>

➔ **Fortsetzung von Seite 5**

die perfekte Überleitung für einen echten Ruhrgebietsabend im Vonovia Ruhrstadion, den Dr. **Jan Heinisch**, Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, eröffnete. Der Abend klang zu späterer Stunde für alle Nachtschwärmer im „Franz Ferdinand“ aus. Glück auf!

Der nächste VdW-Verbandstag findet am 24. und 25. September 2019 in Wuppertal statt.

(stalschi) ■

Aktueller Zahlenspiegel 9/2018

Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft in Deutschland

Bevölkerungsstand (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Bevölkerungsstand (1.000 Einwohner)	82.522	82.794	+0,3%
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen Veränderung gegen Vorjahr auf Basis der Preise von 2010	2. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr preisbereinigt
	2017	2018	
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. EUR)	808,7	842,9	+2,3%
dar.: Bauinvestitionen (Anlageinvestitionen Bauten)	85,3	91,9	+3,2%
dar.: Wohnbauten	51,7	55,8	+3,6%
Verbraucherpreisindex (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Verbraucherpreisindex aller privaten Haushalte	109,6	112,1	+2,3%
Mietpreisindex (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Wohnungsmiete (einschl. Nebenkosten) insgesamt	109,8	112,4	+2,4%
Wohnungsmiete (inkl. Miete von Eigentumswohnungen)	110,1	111,8	+1,5%
Altbauwohnungen	110,5	112,3	+1,6%
Neubauwohnungen	109,9	111,7	+1,6%
Index der Mietnebenkosten (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Wasserversorgung	111,3	112,7	+1,3%
Müllabfuhr	99,8	100,0	+0,2%
Abwasser	104,4	104,4	+0,0%
Andere Nebenkosten	115,1	116,5	+1,2%
Index der Energiekosten (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Strom	128,1	129,3	+0,9%
Gas	103,5	101,9	-1,5%
Flüssige Brennstoffe	85,9	116,5	+35,6%
Feste Brennstoffe	110,7	112,9	+2,0%
Zentralheizung/Fernwärme	100,6	103,0	+2,4%
Baupreisindex (2010 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	3. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Bauleistungen (Neubau) am Wohngebäude	105,7	110,6	+4,6%
Rohbauarbeiten	105,4	111,5	+5,8%
Ausbauarbeiten	105,8	109,9	+3,9%
Baulandpreise (in EUR je qm)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Kaufwerte für baureifes Bauland (EUR je qm)	147,38	184,09	+24,9%
Geschäftsgebiet	118,18	452,29	+282,7%
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	150,25	142,78	-5,0%
Wohngebiet	176,75	205,25	+16,1%
Industriegebiet	27,78	47,56	+71,2%
Dorfgebiet	54,73	66,15	+20,9%
Index des Auftrageinganges im Baugewerbe (Wertindex 2010 = 100)	Juli		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Hoch- und Tiefbau	160,0	176,1	+10,1%
Wohnungsbau	199,9	234,8	+17,5%
Wohnungsbaugenehmigungen	Januar bis Juli		Veränderung gegen Vorjahr
	2017	2018	
Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen)	199.426	203.282	+1,9%
dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern	53.507	53.396	-0,2%
Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern	13.220	12.854	-2,8%
Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern	96.275	103.599	+7,6%
davon: Eigentumswohnungen	44.373	48.265	+8,8%
Mietwohnungen	51.902	55.334	+6,6%

Quelle: Statistisches Bundesamt © GdW Beckmann

Arbeitswelt 4.0

5. Dezember 2018, Dresden

Die Möglichkeit sowie Notwendigkeit mobilen und nicht planbaren Arbeitens stellen die moderne Arbeitswelt vor neue Herausforderungen. Arbeitszeit- und arbeitsortunabhängiges Arbeiten verlangt ein Tätigwerden unabhängig vom Arbeitsort und der Zeitzone. Inhalte dieses Seminars sind unter anderem Vor- und Nachteile des modernen Arbeitens für Arbeitgeber und Mitarbeiter, Instrumente mobilen Arbeitens, Weisungsmanagement – mehrere Einsatzorte & verschiedene Teams sowie Fürsorgepflicht und Arbeitsschutz.

Weitere Infos: vdw Sachsen, Dr. Thomas Hesse, Telefon: 0351/4917717,

E-Mail: thesse@vdw-sachsen.de, **Internet:** www.vdw-sachsen.de

Energiepotenziale heben

6. Dezember 2018, Berlin

Keine Energiewende ohne Wärmewende: Die Wohnungswirtschaft ist sich bewusst, welchen Beitrag der effiziente Einsatz von Wärme zur Energiewende leistet und saniert technische Anlagen sowie Gebäude – allerdings oft kostenintensiv. Geringinvestiver, aber von großer Wirksamkeit und bisher weniger im Fokus ist der Einsatz von intelligenter Mess- und Steuerungstechnik. Mit ihrer Hilfe können die Betriebsführung bereits bestehender wärmetechnischer Anlagen effizienter gestaltet und eine signifikante Senkung der Wärmeverbräuche erzielt werden. Inhaltliche Schwerpunkte dieses Seminars sind unter anderem Einsatzbereiche intelligenter Wärmemess- und Steuerungstechnik, geeignete Systeme und Komponenten der Wärmetechnik, Anforderungen an die digitale Infrastruktur, Betrieb und Wartung sowie die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.

Weitere Infos: BBA, Reik Pries, Telefon: 030/23085521, **E-Mail:** reik.pries@bba-campus.de,

Internet: www.bba-campus.de

Das moderne Sekretariat

10. Dezember 2018, Bochum

Sekretärinnen und Sekretäre von heute beherrschen nicht nur ihren PC, sondern sind mehr denn je persönlicher Assistent, Informationsmanager, Vermittler und „rechte Hand“ des Vorgesetzten. Organisationstalent, betriebswirtschaftliche Kenntnisse, souveränes Auftreten und Flexibilität werden immer mehr vorausgesetzt: Stress ist vorprogrammiert und die Kommunikation zwischen den Hierarchien wird oft zum Drahtseilakt. In diesem Seminar können die Teilnehmer ihre Kompetenzen auffrischen und gemeinsam mit der Trainerin erarbeiten, wie sie als wichtige Schaltzentrale die täglichen Herausforderungen im Sekretariat erfolgreich meistern.

Weitere Infos: EBZ, Bianca Skottki, Telefon: 0234/9447575, **E-Mail:** akademie@e-b-z.de,

Internet: www.e-b-z.de

Mietrecht: Mieterhöhungen nach Modernisierungen Webinar: 18. Dezember 2018

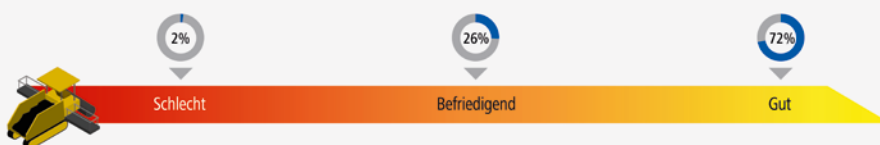
Mit keinem anderen Rechtsgebiet kommen Vermieter so regelmäßig in Kontakt wie mit dem Mietrecht. Insbesondere bei Mieterhöhungen kann es zu Nachfragen von Mietern kommen. Damit Konflikte und teure Rechtsstreitigkeiten gar nicht erst entstehen, erfahren die Teilnehmer in diesem Webinar alle rechtlichen Aspekte bei Mieterhöhungen nach Modernisierungen. Inhalte sind unter anderem Rechtsgrundlagen, Duldungspflicht des Mieters und Ankundigungsschreiben des Vermieters.

Weitere Infos: EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447575, **E-Mail:** akademie@e-b-z.de,

Internet: www.e-b-z.de

GRAFIK DER WOCHE**Stimmung am Bau**

Aktuelle Lage im Herbst 2018. Die Bauunternehmen finden ihre aktuelle Geschäfts Lage:



Die Stimmung auf deutschen Baustellen ist hervorragend.

WI Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt,
Stv. Chefredakteur: Andreas Schichel

Redaktion:
Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Klingelhöferstraße 5
10785 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2018.
www.mediacyber.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:
124,35 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Wettbewerb „Deutschlands beste Mieterzeitung“: Stimmen Sie online für das „beste Cover“!



Foto: GdW

Neben den 10 nominierten Mieterzeitungen in den Hauptkategorien kleine, mittlere und große Wohnungsunternehmen verleiht der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW in diesem Jahr in Kooperation mit der Tageszeitung *Welt* den Sonderpreis „bestes Cover“. Aus den insgesamt rund 170 Wettbewerbsbeiträgen hat die Jury 10 besondere Cover für das Publikumsvoting ausgewählt. (koch) ■

**Machen Sie jetzt mit und wählen Sie noch bis zum 9. November 2018
Ihren Favoriten auf: www.welt.de/mieterzeitung**

Recht so

Der Trompetenspieler

Mit Urteil vom 26. Oktober 2018 hat der Bundesgerichtshof (BGH) über einen Rechtsstreit (Aktenzeichen: V ZR 143/17) zu entscheiden gehabt, in dem die klagenden Bewohner eines Reihenhauses erreichen wollten, dass sie das als Lärmbelästigung empfundene Trompetenspiel aus dem benachbarten Reihnhaus nicht mehr hören. In dem vom BGH zu entscheidenden Sachverhalt ging es im Wesentlichen um einen Berufsmusiker, der im Erdgeschoss und in einem Probenraum im Dachgeschoss Trompete spielte, nach eigenen Angaben maximal 180 Minuten am Tag und regelmäßig nicht mehr als an zwei Tagen pro Woche unter Berücksichtigung der Mittags- und Nachtruhe. Die Kläger verlangten von dem Trompetenspieler das Ergreifen geeigneter Maßnahmen, damit das Spielen von Musikinstrumenten auf ihrem Anwesen nicht wahrgenommen werden kann. Der BGH hat die Angelegenheit an die Vorinstanz zurückverwiesen und dabei Grundsätze auch für das zumutbare Trompetenspielen aufgestellt. Grundsätzlich – so der BGH – gehört das häusliche Musizieren zu den sozialadäquaten und üblichen Formen der Freizeitbeschäftigung und sei in gewissen Grenzen hinzunehmen. Auf der anderen Seite solle aber auch dem Nachbarn die eigene Wohnung eine Möglichkeit der Entspannung und Erholung sowie der häuslichen Arbeit bieten können. Unter dieser Abwägung und dem Ausmaß der Geräuscheinwirkung könne eine Beschränkung auf zwei bis drei Stunden an Werktagen und ein bis zwei Stunden an Sonn- und Feiertagen, jeweils unter Einhaltung der üblichen Ruhezeiten in der Mittags- und Nachtzeit, als grober Richtwert dienen. Die örtlichen Gegebenheiten seien ebenfalls von Bedeutung, wie etwa eine ernsthafte Erkrankung, die gesteigerte Rücksichtnahme erfordern. Das Musizieren in der Hauptwohnung des Hauses könne aber nicht grundsätzlich untersagt werden. ■

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Ob es sich um Trompetenspielen, Rauchen, Grillen oder andere Formen handelt: Immer gilt das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme. Insofern stellte der BGH hier entsprechende Grundsätze auf, die jeweils im Einzelfall zu prüfen sind und sich nicht nur auf das häusliche Musizieren beschränken dürfen. Diese Prüfung obliegt nunmehr dem Landgericht. Im Ergebnis gilt also: Trompetenspielen, das Rauchen oder das Grillen können grundsätzlich nicht untersagt werden; es darf aber auch nicht zu unzumutbaren Belästigungen anderer führen.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE

62

Prozent der erwachsenen Männer in Deutschland sind übergewichtig. Gegenüber der letztmaligen Erhebung von 2013 bleibt der Anteil damit unverändert. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, lag der Anteil übergewichtiger Frauen sowohl 2017 mit 43 Prozent als auch 2013 mit 44 Prozent deutlich niedriger. Der Anteil der Personen mit Übergewicht steigt mit zunehmendem Alter: Mehr als 70 Prozent der Männer ab 55 Jahren waren im Jahr 2017 übergewichtig. Im Vergleich dazu lag der Anteil beispielsweise bei den 20- bis unter 25-jährigen Männern bei 33 Prozent. Übergewicht wird in der Regel anhand des sogenannten Body-Mass-Index bestimmt. Dazu wird das Körpergewicht, gemessen in Kilogramm, durch das Quadrat der Körpergröße in Metern geteilt. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein. Mit einem Wert über 30 gelten Erwachsene als stark übergewichtig oder adipös. Dies traf 2017 auf 18 Prozent der Männer zu. ■